Unkorrigiertes Manuskript

DEUTSCHER BUNDESTAG
12. Wahlperiode
21. Ausschuß
- 753 - 2450 -

Protokolle Nr. 19 und 20

S t e n o g r a p h i s c h e s P r o t o k o l l

über die öffentliche Anhörung von Sachverständigen
in der 19. und der 20. Sitzung des
Ausschusses für Bildung und Wissenschaft
am Donnerstag, dem 5. Dezember 1991, sowie
am Freitag, dem 6. Dezember 1991,
Bonn-Bundeshaus, Sitzungssaal F 12

Vorsitzender: Abg. Eckart Kuhlwein

BI 557 292

letztlich an der Universität landen, wo man wesentlich langsamer, länger und auch teurer studiert.

Zum anderen schlagen wir die Einrichtung konsekutiver Studiengänge vor, die es ermöglichen, in zwei oder drei Jahren einen ersten berufsqualifizierenden Abschluß zu erlangen. Das ist nämlich auch ein Aspekt dieses Problems: In früheren Jahren war es noch möglich, mit der im dualen Bereich erworbenen Ausbildung auch in verantwortliche Positionen aufzusteigen. Das ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten nahezu unmöglich geworden. Man braucht ein Diplom oder ein anderes Hochschulexamen, um in diesen Bereich vorzudringen.

Deswegen überlegt sich natürlich jeder, ob er nicht gleich ein Studium machen soll, weil das nachzuholen ein ungleich schwererer Vorgang ist.

Zum anderen möchte ich auf den zweiten Teil meiner Stellungnahme noch einmal hinweisen. Der Abschnitt "Auf dem Weg in den Wettbewerb" beschäftigt sich da schwerpunktmäßig mit den Komplexen Transparenz, Hochschulautonomie und Hochschulfinanzierung. Da werden noch kurz-, mittel- und langfristig durchführbare Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele aufgeführt.

Ich möchte hier auch auf die Organisation des niederländischen Hochschulsystems hinweisen, wo mit Hilfe regelmäßiger Evaluierungen und finanzieller Anreize für die Hochschulen und auch für die Studierenden erreicht wird, daß dort zügig und mit einer geringen Abbrecherquote studiert wird. - Danke.

Vorsitzender Eckart Kuhlwein: Danke sehr. - Jetzt folgt für den Ring Christlich-Demokratischer Studenten Herr Christian Schneller.

(Zuruf: Der ist, glaube ich, nicht da!)

- Gar nicht da oder jetzt nicht da?

(Zuruf: Er war heute morgen schon da und ist dann wieder weggegangen!)

- Dann ist er im Moment gar nicht mehr vertreten. Falls er noch kommt, bekommt er später noch das Wort.

Dann kommen wir jetzt zum Koordinierungsrat der Konferenz der StudentInnenschaften, Herr Pasternack, bitte.

Sv Pasternack:[1] Meine Damen und Herren, die Konferenz der StudentInnenschaften ist der Dachverband, der einen Großteil der ostdeutschen StudentInnenräte, also das Äquivalent zu den ASten in den westdeutschen Bundesländern, vertritt.

Den ostdeutschen Hochschulen ist in der letzten Zeit zahlreich der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich erkennbar nicht erneuert hätten. Der Vorwurf ist erstens richtig und zweitens banal. Denn wo hat sich in deutschen Landen schon einmal eine Universität allein aus sich heraus erneuert, und warum sollte dies unter den gegebenen Umständen ausgerechnet in Ostdeutschland erstmals gelingen?

Beim Nachdenken über die Ursachen sind wir auf einen zentralen Punkt gestoßen. Dieser Punkt scheint uns - wir bemühen uns um eine gesamtdeutsche Perspektive - auch wesentliche Ursache des Dilemmas der westdeutschen Hochschulen zu sein.

Es sind dies die hierarchischen Strukturen innerhalb des akademischen Bereichs. Jetzt werden möglicherweise Sie oder ein Teil von Ihnen sagen, nun seien wir aber banal; denn das gehöre seit 20 Jahren zum Grundarsenal studentischer Universitätskritik. Dagegen möchten wir Sie bitten, unsere spezifischen - weil ostdeutschen - Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen.

In einer historisch einmaligen Situation mit dramatischen Auswirkungen auf das vormals staatssozialistisch-zentralistisch verfaßte Hochschulsystem in Ostdeutschland boten sich Chancen für eine Erneuerung von Grund auf. Bei allen sachzwänglichen Beschränkungen waren doch auch erhebliche Spielräume gegeben. Diese wurden, bezogen auf die Gestaltung moderner Strukturen, so gut wie nicht genutzt.

Die Ursache: Die professorale Dominanz führt immer wieder zur Ausgrenzung innovativer Vorstellungen seitens des akademischen Mittelbaus und der Studierenden.

---

1) Vgl. dazu auch AD 12/28 b, S. 84 ff.

Dabei reden wir jetzt gar nicht primär von der Wirkung sogenannter "alter Seilschaften", eher schon von deren vielfach erfolgreicher Transformation in neue Connections.

Die bemerkenswerte Koalition von neudemokratischer Wissenschaftsadministration und altlastiger Professorinnen- und Professorenschaft, diese altlastige Professorenschaft in dieser Kombination mit der Wissenschaftsbürokratie - wie die miteinander können -, das war eine unserer frappierendsten Erfahrungen. Diese Koalition agiert vor allem auf informellen Ebenen,und sie paralysiert damit zu einem großen Teil auch die zum Teil noch vorhandenen Mitbestimmungsformen aus der Zeit der Freiheit vom HRG.

Vor allem aber reden wir an dieser Stelle von unserer häufigen Beobachtung professoraler Befangenheit in traditionellen Denkweisen. Nicht so sehr bewußter Unwille leitet den von uns gemeinten Großteil der Professorinnen und Professoren, vielmehr sind die Ursachen subjektiv: die sich aus dem Zusammenhang von Sozialisation und Kognition ergebenden Innovationsaversionen sowie deren Aggregierung in hierarchischen Hochschulstrukturen.

Die Geschichte der Paradigmenwechsel wird beeindruckend illustriert durch die ostdeutschen Auseinandersetzungen um neue Hochschulstrukturen und neue Lehr- und Forschungsinhalte.

Nicht innovative Modernisierung wird dabei favorisiert, sondern eine konservative Modernisierung im Sinne der Rückkehr zu den Zuständen vor der dritten DDR-Hochschulreform 1968/69.

Unter Heranziehung unserer Erfahrungen der letzten zwei Jahre an den ostdeutschen Hochschulen meinen wir: In einer Enthierarchisierung der Hochschulen liegt die wesentlichste Voraussetzung für eine strukturelle Verankerung ihrer permanenten Modernisierung.

Eine Eigenart der Situation in den ostdeutschen Hochschulen kommt durch die Zurückdrängung bereits erreichter demokratischer Formen in Ostdeutschland an den ostdeutschen Hochschulen besonders stark zum Zuge:

Nahezu sämtliche westdeutschen Strukturen und Mechanismen werden durch zahlreiche aus der staatssozialistischen Loyalität in die FDGO-Loyalität gerutschte Verantwortungsträger ziemlich schonungslos und unreflektiert durchgesetzt. Spezifika einer Übergangszeit finden kaum Beachtung. Situative Angemessenheit von Regelungen für den westdeutschen Normalfall wird in Ostdeutschland nur selten praktiziert.

Diese unreflektierte Durchsetzung geht aber nur bis zu einem ganz bestimmten Punkt. Sie geht so weit, wie es einem obrigkeitlich fixierten und technokratisch orientierten Denken einsichtig erscheint. Sie bricht ab an dem Punkt, wo das eigene Denken über den trainierten Pragmatismus hinaus entwickelt werden müßte.

Ein signifikantes Beispiel dafür berührt ein Thema unserer heutigen Anhörung. Die Überzeugung von der Überlegenheit westdeutscher Strukturen hört genau an dem Punkt auf, wo es um die Gleichstellung der Geschlechter an den Hochschulen geht.

Verständnis dafür, daß die Gleichstellung der Frauen gegenüber den Männern überhaupt ein Problem ist, findet sich kaum ausgeprägt. Die meisten westdeutschen Berater - seien es Professoren oder Verwaltungsbeamte - leisten bemerkenswerterweise auch gerade in diesem Punkt keine Entwicklungshilfe. Selbst die Durchsetzung gesetzlich fixierter Minimalstandards in der Gleichstellungsfrage ist mit erheblichem Kraftaufwand verbunden, etwa die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten und die Schaffung von akzeptablen Arbeitsbedingungen für diese.

Eine spezielle ostdeutsche Erscheinung ist der relativ hohe Anteil von Studentinnen mit Kind oder Kindern. Die Einführung westdeutscher Strukturen und Gesetzlichkeiten läßt für viele dieser Studentinnen das Studium zu einer unzumutbaren Härte werden.

Probleme sind beispielsweise: Die BAföG-Bezüge reichen nicht aus, das staatliche Kindergeld gleicht die Defizite nicht aus; nötig wäre ein generell angemessen höherer BAföG-Grundbetrag für Studierende mit Kindern

- eine Anregung für die 15. BAföG-Novelle -; die kostendeckende Bewirtschaftung von Kindertagesstätten macht KiTa-Plätze für Studierende unfinanzierbar; zudem sind Betreuungsmöglichkeiten über 17 oder 18 Uhr hinaus notwendig, da die Lehrveranstaltungen länger gehen.

Die flächendeckende Schaffung von Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen selbst scheint uns die einzig sinnvolle Lösung des Problems zu sein. Wir sind der Meinung, Hochschulbau- und -ausbauprojekte, wie sie nun auch besonders im Osten anstehen, müssen von vornherein solche Uni-KiTas vorsehen. Andernfalls darf es für solche Projekte einfach kein Geld geben, z. B. keines aus Bonn. Das korrespondiert mit der Empfehlung 5/14 der Enquete-Kommission, wobei uns allerdings der Konjunktiv der dortigen Formulierung außerordentlich mißfällt.

Wegen der beschränkten Redezeit belassen wir es bei der ausführlicheren Darstellung dieses Einzelproblems. Weitere gäbe es natürlich zu benennen. Nur eines davon sei noch erwähnt.

An den ostdeutschen Hochschulen hat sich im Herbst 1989 ein eigenes studentisches Vertretungsmodell entwickelt und mittlerweile auch etabliert. Es zeichnet sich durch listenfreie Personenwahlen aus. Durch die Fachschaftsverankerung findet es Akzeptanz bei den Studierenden.

Eine HRG-Novellierung sollte die Satzungshoheit der verfaßten StudentInnenschaft auch auf die eigenständige Wahl ihrer Struktur beziehen. Das StuFa-AStA-Modell sollte auch im Osten möglich sein, wo es gewünscht wird. Es sollte jedoch nicht zwingend vorgeschrieben sein. - Danke.

Vorsitzender Eckart Kuhlwein: Danke sehr. - Jetzt kommt Herr Molck für die Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen.

Sv Molck: Die Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen, kurz FKS, ist ein Dachverband von Fachhochschul-StudentInnenschaften in der ganzen Bundesrepublik.

Wir haben uns ausführlich damit beschäftigt, wie wir die Entwicklung im Hochschulsystem bewerten und was wir wollen, und zwar in einer sogenannten "Vision einer erneuerten Hochschule". Diese "Vision" werden wir Ihnen gerne noch geben, damit diese auch hier Eingang findet. Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme[1] einiges daraus zusammengefaßt.

Ich möchte mich hier aufgrund der Zeit auf drei Punkte daraus beschränken: Veränderungen, die wir für notwendig halten im Bereich des Studiums, im Bereich der Mitbestimmung und im Bereich der sozialen Absicherung der StudentInnen.

Zunächst zum Studium. Unseres Erachtens ist das Studium an allen Hochschulen dringend reformbedürftig. Die bundesweite Diskussion um die Studienreform befindet sich augenblicklich in einer Sackgasse.

Das zeigen z. B., aus der FH-Perspektive gesehen, die Auseinandersetzungen um die Rahmenprüfungsordnungen, wo man sich einerseits nicht einigen konnte, in was für einer Art und Weise das Studium an den Fachhochschulen gestaltet werden sollte, andererseits aber eigentlich auch nicht zu grundsätzlich neuen Formen gekommen ist, sondern nur die bestehenden mit Zahlen versehen hat - so viel Prüfungen, so viel Wiederholungsmöglichkeiten, so viel Praxis - und sich nicht grundlegend Gedanken über eine Reform des Studiums gemacht hat.

Eine solche Diskussion hielten wir bundesweit für dringend notwendig, auch wenn wir nicht der Meinung sind, daß man bundesweit genau festlegen muß, wie es nun an jeder einzelnen Hochschule aussehen soll. Festlegen müßte man, denke ich, eher Obergrenzen, wie es z. B. im Moment in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Aktionsprogramms Qualität der Lehre und Novellierung der Hochschulgesetze passiert.

Bundesweit, finden wir, muß man diskutieren über zwei wesentliche Aspekte des Studiums, nämlich über die Inhalte und die Formen. Was die Inhalte betrifft, muß man sagen, daß es heute in den verschiedenen Bereichen

1) Vgl. dazu AD 12/28 b, S. 90 ff.